

# Gesetze und Verordnungen in der Pipeline

Neue Gesetze und Verordnungen sowie deren Änderungen, die uns als Beschäftigte betreffen, gehören zum gewerkschaftspolitischen Alltagsgeschäft. Die DPoIG kann bei der Bewertung insbesondere auf ein bewährtes Juristenteam beim Beamtenbund zurückgreifen. Es befasst sich mit den gesetzgeberischen Entwicklungen und hat dabei die Gesamtheit im Blick, kann deshalb auch wertvolle Hinweise für die Fachgewerkschaften und damit den polizeilichen Bereich geben.

## > Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf mit Neuregelungen des Pflegezeitgesetzes und des Familienpflegezeitgesetzes

Frage wird sein, ob es uns gelingt, dass die Regelungen des Bundesgesetzgebers für den Beamtensbereich in Baden-Württemberg wirkungsgleich übernommen werden, wie es die DPoIG von Beginn an gefordert hat. Zur systemkonformen



Umsetzung wären auch Änderungen in der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung notwendig.

## > Die Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze

Bereits im letzten Jahr berichteten wir darüber, dass geplant ist, das Hinausschieben des Eintritts in den Ruhestand auszuweiten, für den Polizeibereich war das 65. Lebensjahr angedacht, für Nichtpolizeibeamte sogar bis zum 70. Lebensjahr. Allerdings nur noch, wenn die Hinausschiebung im dienstlichen Interesse liegt. Offen scheint, ob das „dienstliche Interesse“ bereits ab der ersten Hinausschiebung gilt oder nur über den weiteren, jetzt verlängerten Zeitraum.



## Impressum:

Redaktion: Sabine Dinger  
(V. i. S. d. P.)  
Schwabenstraße 4  
76646 Bruchsal  
Telefon 07251.5710  
E-Mail: sabine.dinger@dpolg-bw.de

Landesgeschäftsstelle:  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon 0711.245141  
Telefax 0711.2361053  
Internet: www.dpolg-bw.de  
E-Mail: info@dpolg-bw.de  
ISSN 0723-1830



MEV (4)

## > Lebensarbeitszeit bei Berufsfeuerwehren – zurück zur Altersgrenze 60

Die besondere Altersgrenze für den Eintritt in den Ruhestand soll für die Beamtinnen und Beamten des Einsatzdienstes der Feuerwehr auf den Rechtsstand vor der Dienstrechtsreform zurückgeführt werden.



## > Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Beschäftigte, welche Pflegezeit oder Familienpflegezeit in Anspruch nehmen, können auf einen Anspruch auf finanzielle Förderung in Form eines zinslosen Darlehens zur besseren Bewältigung des Lebensunterhalts während der Freistellung hoffen. Derzeit wird geprüft, wie sich die wirkungsgleiche Umsetzung der finanziellen Förderung auf den Beamtenbereich auswirkt.

## > Flexibilisierung der Elternzeitregelungen

Für die Beamte/-innen sollen geltende Elternzeitbestimmungen der Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung an Neuregelungen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes

angepasst werden. Damit sollen das Elterngeld Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit im Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz, das bereits für die Tarifbeschäftigten des Landes und der Kommunen unmittelbar gilt, wirkungsgleich auch für Beamte umgesetzt werden. Der Ministerrat hat am 12. Mai 2015 eine Vorgriffsregelung beschlossen (für Kinder, die ab dem 1. Juli 2015 geboren wurden).

## > Disziplinarrechtliche Regelungen für Ruhestandsbeamte

Nach der Evaluation des Disziplinarrechts wird aktuell eine Erweiterung der Tatbestände von Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten/-innen diskutiert. Beispielsweise, um einen vorsätzlichen Beihilfebeitrag disziplinarrechtlich verfolgen zu können.

## > Polizei – Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft/ Gemeinschaftsverpflegung

Für den Polizeivollzugsdienst soll bezüglich einer der Anordnung zum Wohnen in einer Gemeinschaftsunterkunft und zur Teilnahme an einer Gemeinschaftsverpflegung mit Blick auf die Aufbauveränderungen eine Vereinfachung vorgesehen werden.

Zu vielen Teilbereichen bereitet die DPoIG aktuell Stellungnahmen vor. Über die Umsetzung der Gesetzgebungsvorhaben werden wir berichten. ■

## Grenzwertig – Der G7-Gipfel in Elmau

Über 900 Kollegen/-innen aus dem PP Einsatz unterstützten Bayern beim Gipfeltreffen in Elmau. Fast zwei Wochen waren nahezu alle Einsatzkräfte über das „Normale“ hinaus gefordert und sorgten (trotzdem) für Sicherheit in Oberbayern und zwischendurch im eigenen Bundesland.



DPoIG (3)

im Nachtdienst. Auch wenn es in regelmäßigen Abständen Versorgungs-, Unterstell- und Entsorgungsmöglichkeiten gab – waren die Beamten auf teilweise hochalpinem Gelände im Wald unterwegs und mussten sich entlang der Sicherheitslinie positionieren. Und dies regelmäßig und geplant über zwölf Stunden, bei Nacht, bei kühlen Temperaturen, stundenlangen Gewittern mit gefährlichem Blitzschlag und Starkregen.

Mit viel Erfindungsreichtum versuchte man auch die widrigsten Umstände zu meistern, was aber auch deutlich machte, dass das Thema Fürsorge ausbaufähig ist. Fehlende Regenschutzkleidung, die Abhängigkeit eines nicht immer funktionierenden Shuttlekonzeptes mit Geländefahrzeugen oder/

und die teilweise Nutzung der Bergbahn mit anschließendem Fußmarsch bis zum Einsatzraum sind einige Beispiele.

Hinzu kommt, dass im Verlauf des Gipfels immer größere Schwierigkeiten auftraten, weil Ablösekräfte nicht mehr alle Straßen und Wege für die Anfahrt benutzen konnten. Aus verschiedenen Gründen dauerte die „Shuttlelei“ in Einzelfällen bis zu drei Stunden, es addierten sich sogar bis zu 19 Einsatzstunden pro Nacht, bevor die Ruhephase in der Unterkunft begonnen werden konnte. In einigen Einsätzen kam es wiederholt dazu, dass weniger als fünf Stunden bis zum nächsten Dienstbeginn zur Regeneration zur Verfügung standen.

### ► BFE-Einheiten

Völlig andere Probleme hatten die Beweis- und Festnahmeeinheiten. In einem gesonderten Einsatzabschnitt wurden ihnen ab der zweiten Einsatzhälfte eine ständige Verfügbarkeit bei X+30 Minuten abverlangt. Große Hitze und ständig wechselnde Einsatzorte prägten den BFE-Einsatz bei der Bewältigung der Demo-Lagen. Auch wenn in den Medien nicht immer so deutlich darüber be-

Nur von Respekt und Anerkennung zu sprechen wäre sicher zu wenig. Es war eine großartige und ausdauernde Leistung. Auch und gerade weil in Teilbereichen die Kräfte der einzelnen Kollegen/-innen schon aufgrund der täglichen (nächtlichen) Einsatzzeiten die Grenzen des zumutbaren teilweise überschritten wurde. Ein klares Zeichen in diese Richtung hat das Innenministerium gesetzt und für alle geschlossenen Einheiten ab dem 5. Juni eine Eins-zu-eins-Vergütung gewährt. Gesichert ist diese Zusage für die eingesetzten Kräfte im Sicherheitsbereich 2 und für die Beweis- und Festnahmeeinheiten. Für Dienste in anderen Einsatzabschnitten wird die Vollvergütung (zum Redaktionsschluss) noch geprüft.

Auch wenn in der Nachbetrachtung von einem gelungenen Gesamteinsatz die Rede ist und die positiven Eindrücke bei vielen Kolleginnen und Kolle-



gen überwiegen werden, darf ein konstruktiv-kritischer Blick nicht unterbleiben.

### ► Nachtdienst im Gebirge rund um Elmau

Eine baden-württembergische Abteilung war entlang des Sicherheitsringes um das Schloss Elmau eingesetzt. Rund sieben der 16 Gesamtkilometer, in höchst anspruchsvollem Gelände, wurden hierbei von unseren Einsatzkräften abgedeckt. Und dies ausschließlich



richtet wurde – man sah sich einem Klientel mit hohem Gewaltpotenzial gegenüber. Völlig offen war lange, wie sich die Lagen von München bis Garmisch entwickeln würden und ob es zu massiven Ausschreitungen kommen würde. Auch hier wurde deshalb sehr frühzeitig und sachgerecht vom Einsatzabschnittsleiter eine Vollvergütung angeordnet.

#### ➤ Weitere Spezialisten im Einsatz

Fast alle Einsatzbereiche des PP Einsatzes waren vertreten und konnten einen wertvollen Beitrag zum Gelingen des Gesamteinsatzes leisten. Neben der Polizeihubschrauberstaffel, des Einsatzpsychologischen Dienstes, des SEK BW, Polizeireiterstaffel und TEE-Kräften fehlte nur noch die WSPD, die beim Evakuieren des gefluteten Protestcamps beinahe noch eine Verwendung gefunden hätte.

#### ➤ Landesreserve

Unbedingt erwähnenswert ist aus Sicht der DPolG die Leis-

tung der in BW verbliebenen Landesreserve, die eine Vielzahl von Einsatzlagen neben den Sicherungs- und Objektschutzdiensten absolvierten. Auch hier wurden Ruhezeiten und Wochenarbeitshöchstzeiten strapaziert, um bei Sammelabschiebungen, Ad hoc Alarmierung, Rockertreffen, beim Relegationsspiel KSC–Hamburg und der Pegida-Demo in Karlsruhe, Jahrmarkt, NPD-Kundgebung und wieder bei Pegida in Villingen-Schwenningen für Sicherheit zu sorgen. Nebenbei waren von der Landesreserve noch der Evangelische Kirchentag Deutschlands in Stuttgart sowie ein Kurztrip zur Unterstützung des G7-Gipfels in BY zu leisten.

#### ➤ Grenzwertig, aber Highlight in der Verwendung

Für viele der eingesetzten Beamten/-innen dürfte dieser Einsatz ein Highlight in der Verwendung darstellen, auch wenn die Grenzen der Belastbarkeit erreicht und sogar oftmals überschritten wurden.

Am Ende bleiben dennoch Fragen offen. Wie stark können Ruhezeiten strapaziert werden? In welchem Umfang können wir Kollegen/-innen, die sich auf eine Großlage in fremder Umgebung einstellen müssen, kurzfristig nach BW zurückerholen und dort in hoher Frequenz mit unterschiedlichen Einsatzlagen konfrontieren? Wurden die vielseitig geschilderten Belastungen dieser zwölf Tage ausreichend vergütet? Nehmen wir uns auch die notwendige Zeit für die Nachbereitung? Ist eine Vollvergütung und/oder Sonderurlaub, wie es sie in anderen Bundesländern gibt, nicht eine gerechte Honorierung der Leistungen?

Dieser Einsatz und die abverlangten Einsatzzeiten mit all den widrigen Umständen vor Ort müssen nachbereitet werden. Die Grenzen des Zumutbaren wurden deutlich überschritten.

Und zu dieser Wahrheit gehört es einfach, dass die Belastung nicht lagebedingt entstanden ist, sondern im Vorfeld absehbar war.

Eines hat dieser Einsatzmarathon auf der Südschiene aber auch gezeigt: ohne die Bereitschaftspolizeien der Bundesländer können Großlagen nicht bewältigt werden. Eine Stärkung dieser Einheiten hinsichtlich der Personalstärke, Ausstattung, aber auch bei der Vergütung und möglicher Zulagen muss weiterhin vorangetrieben werden.

Ein besonderer Dank gebührt an dieser Stelle der DPolG Bayern, die mit verschiedenen Unterstützern wie beispielsweise der JUNGEN POLIZEI einen tollen Betreuungseinsatz gefahren sind. Ein besonderer Dank gilt auch dem DPolG-geführten Hauptpersonalrat Bayerns, ebenso wie dem DPolG-geführten und im Einsatzgebiet örtlich zuständigen Personalrat. Sie hatten nicht nur immer ein offenes Ohr, sondern kümmerten sich und unterstützten die baden-württembergischen Einsatzkräfte mit großem Engagement. ■

### > Personalvertretung beim G7-Gipfel

Die Zuständigkeit bei länderübergreifenden Einsätzen liegt grundsätzlich beim IM BW, das heißt personalvertretungsrechtlich in der Regel beim Hauptpersonalrat. Aufgrund der Tatsache, dass es sich aber überwiegend um Kräfte des PP Einsatzes handelte, konnten Bernd Ludwig und Jürgen Engel an einer „Einsatzbeobachtung“ zu Beginn des Einsatzes teilnehmen. Die Eindrücke, die hier durch den bayerischen Inspekteur der Polizei, Herrn Hampel, sowie der Einsatzleitung vermittelt wurden, waren durchweg positiv. Insbesondere für befürchtete Knackpunkte bei Unterbringung, Versorgung und Entsorgung wurden schlüssige und gut durchdachte Konzepte erläutert.

Diese wurden im Laufe des Einsatzes von den Kollegen/-innen bestätigt.

Während des Einsatzes hatte sich überdies der ÖPR-Vorstand beim PP Einsatz unter Beteiligung des HPR-Vorsitzenden mit den eingesetzten Personalratsmitgliedern vernetzt und konnten somit nahezu live über Entwicklungen und Nöte unterrichtet werden. Somit wurden sehr zeitnah auch vonseiten der Personalvertretung Maßnahmen ergriffen, um Abhilfe zu schaffen und beispielsweise auch Entscheidungsprozesse, wie gewissermaßen in der Eins-zu-eins-Vergütung, mitzugestalten.

Engel und Ludwig hatten im Gespräch mit dem bayerischen Ins-



> Jürgen Engel und Bernd Ludwig bei der Einsatzbeobachtung des G7-Gipfels

spekteur der Polizei zu Beginn des Gipfels darauf hingewiesen,

dass bei Verwendungszeiten von zwölf Stunden vor Ort und einer Nicht-Berücksichtigung von Shuttle- und Anfahrtszeiten die Grenze des Vertretbaren auch ohne größere Einsatzlagen schnell erreicht sein wird. Luft nach oben bliebe dann keine. Und dies bestätigte sich ja auch im Einsatz.

Schon deshalb hatten beide auch in der Einsatzbesprechung die Eins-zu-eins-Vergütung gefordert.

Die Personalvertretung wird auch im Hinblick auf zukünftige Einsatzlagen und mit Blick auf die eingesetzten Kollegen/-innen ein kritisches Auge auf die Anforderungen solcher Einsätze werfen. ■

## DPolG-Auffassung bestätigt: Polizeiärztlicher Dienst vor dem Kollaps

Eigentlich könnte man sich ja auf die Schulter klopfen. Recht haben wir gehabt. Recht hat die DPolG gehabt. Recht hatte der Erste stellvertretende Landesvorsitzende Ralf Kusterer, der mit großer Vehemenz im Lenkungsausschuss zur Polizeireform und an vielen anderen Stellen vor der Zerschlagung des Polizeiärztlichen Dienstes sowie der Schließung von Polizeiarzt-Standorten gewarnt hatte. Ebenso wie vor den grundsätzlichen Veränderungen im Gleichklang mit der Polizeireform. Leider hat man weder auf die DPolG noch auf die Fachleute, die Polizeiärzte selbst und das dort bis zur Polizeireform eingesetzte Sanitätspersonal, gehört. Der Preis, den wir alle bezahlen, ist hoch. Und bei manchem Kollegen steht nicht nur die Gesundheit auf dem Spiel. Für das Land ist es indes ein Armutszeugnis, wie man die Fürsorgepflicht in einem der gefährlichsten operativen Bereiche des öffentlichen Dienstes wahrnimmt.

Seit Monaten spüren die Kollegen/-innen den drastischen Rückgang der polizeiärztlichen Versorgung. Sei es bei der Gewährung von Vorsorgekuren, Anschlussheilbehandlungen, arbeitsmedizinischer Versorgung vor Ort oder beispielsweise in der Betreuung in Einsatzlagen. Mit großem Engagement hat der polizeiärztliche Dienst versucht, die gestiegenen Anforderungen zu kompensieren. Vergeblich.

Ein neuer Höhepunkt scheint jetzt erreicht zu sein. In einem Schreiben an die Dienststellen, dass man mehr als Kapitulation anstatt als temporäre Maßnahme auffassen muss, wird angekündigt, dass der polizei-

ärztliche Dienst nicht mehr in der Lage ist, die betriebsärztlichen Aufgaben wahrzunehmen.

„Eine umfassende betriebsärztliche Betreuung des Personals der Dienststellen und Einrichtungen der Polizei durch den Polizeiärztlichen Dienst (PÄD) ist nur bedingt leistbar.“ Schwerpunkte setzt man bei den Auswahluntersuchungen von Bewerbern und amtsärztlichen Untersuchungen zur Feststellung von Polizeidiensttauglichkeit und -fähigkeit, beamtenrechtlichen Gutachten und die heilfürsorgerechtlichen Aufgaben. Eine kurzfristige Besserung der Situation ist nicht zu erwarten.

Lediglich für einen kleinen Teil der betriebsärztlichen Aufgaben bleibt Luft. Diese sollen für unerlässliche arbeitsmedizinische Eignungsuntersuchungen (G20 für Schießtrainer, G41 für Steiger, G31 für Taucher, G26 für SEK/MEK, Untersuchungen für die Fahrerlaubnisklassen C, D und so weiter) genutzt werden. Anstehende Pflicht-, Angebots- und Wunschuntersuchungen zur arbeitsmedizinischen Vorsorge unterhalb dieser Schwelle (zum Beispiel G40 – krebserzeugende Gefahrstoffe allgemein und G42 – Tätigkeiten mit Infektionsgefährdung) sollten bis auf Weiteres extern vergeben werden. Daher können (sollen) die Polizeidienststellen und -einrichtungen die offenen betriebsärztlichen Aufgaben auf Kosten der jeweiligen dezentralen Budgets extern vergeben. Das heißt, man muss dringend benötigte Gelder der Präsidien abziehen, um den gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen.



Aufgrund ihrer anderen Tätigkeiten, wie der zeitnahen Durchführung von Bewerberauswahl und den anderen termingebundenen beamtenrechtlichen Untersuchungen (Wiedereinstellungs-, Probezeit- und Lebzeituntersuchungen, Kuruntersuchungen) sowie Dienstunfalluntersuchungen und -bearbeitungen und der Erstellung von amtsärztlichen polizeiärztlichen Gutachten sind die Polizeiärzte mehr als grenzwertig belastet. Dabei hatte bereits der Landesrechnungshof in seinem Prüfbericht zum Polizeiärztlichen Dienst im Jahre 2012 darauf hingewiesen, dass die betriebsärztlichen Aufgaben nur unzureichend vom Polizeiärztlichen Dienst erledigt werden können. Im Zuge der Polizeistrukturreform mit Neuausrichtung des Polizeiärztlichen Dienstes ist das ärztliche Personal nicht mehr, sondern weniger geworden. Hinzu kommt der Abbau von erfahrenem Sanitätspersonal.

Die immer größer werdende Diskrepanz zwischen personeller Ausstattung und Aufgabenübertragung im Polizeiärztlichen

Dienst macht es erforderlich, dass für die medizinische Betreuung der fast 30 000 Beschäftigten im Bereich der Polizei noch weitere Betriebsmediziner eingestellt werden. Darauf hatte der Polizeiärztliche Dienst hingewiesen.

Leider ist es wie in vielen Bereichen. Es fehlt an attraktiven Rahmenbedingungen. Sieht man dann auch noch die Kürzung der Eingangsbesoldung, wird es immer schwieriger werden, die Stellen zu besetzen.

Und dabei kann man am Geburtsdatum unserer Polizeiärzte erkennen, dass das Problem sich bald noch verstärken wird. Die Leidtragenden sind unzufriedene Kolleginnen und Kollegen, aber auch die Mitarbeiter/-innen in den sogenannten Polizeiarztpraxen und die Polizeiärzte. Aber, es bleibt eine Schande... eine politische Schande, wie man ärztliche Fürsorge, betriebsmedizinische Betreuung, Vorsorge und Nachsorge gegenüber seiner Beschäftigten bewertet. ■

## Michael Haug zu Gast bei Bundespräsident Joachim Gauck



Der stellvertretende Landesvorsitzende der JUNGEN POLIZEI und Vorsitzende des DPoIG-Kreisverbandes PTL5

Pol, Michael Haug, war auf Einladung des Bundespräsidenten zu einem Empfang zur Würdigung ehrenamtlichen Engagements junger Frauen und Männer am Freitag, dem 5. Juni 2015, ins Schloss Bellevue eingeladen.

Nach einer kurzen Festrede suchte der Bundespräsident die Nähe zu seinen Gästen, um mit diesen den Nachmittag zu verbringen. Hierbei nahm er sich



für knapp 15 Personen besonders viel Zeit und diskutierte mit diesen an den Tischen über ihr soziales Engagement. In die-

sem persönlichen Tischgespräch mit dem Bundespräsidenten konnte Michael Haug auf die aktuelle Einsatzsituation beim G7-Gipfel in Elmau und die für die Polizei damit verbundenen Problemstellungen aufmerksam machen. Im Rahmen dieses Gespräches ließ der Bundespräsident allen eingesetzten Kräften die besten Wünsche für den Einsatz übermitteln. ■

## Im Gespräch: FPD-Fachsprecher Schwarzer mit PP Freisleben

Zu einem Informationsaustausch und Antrittsbesuch trafen sich Landesfachsprecher und LHV-Mitglied Norbert Schwarzer mit dem Polizeipräsidenten des PP Karlsruhe, Herrn Günter Freisleben, und dem Personalratsvorsitzenden des PP Karlsruhe, Herrn Frank Eisenlohr.

Themenschwerpunkte waren neben der Polizeireform natürlich der freiwillige Polizeidienst beim PP Karlsruhe. Hierbei wurden die Bereiche Einsatz-/Ausrüstung und die Ausstattung mit blauer Uniform sowie der Aus-/Fortbildung für die Angehörigen des FPD erörtert. PP Freisleben sicherte hierbei die Prüfung der einzel-

nen Punkte und Möglichkeiten zur Umsetzung seinen Gesprächspartnern zu. Er befürwortet ausdrücklich den Einsatz von Angehörigen des FPD im Bereich der Kriminalprävention und anderen, was sich auch positiv in den Printmedien gerade im Bereich der Einbruchskriminalität aktuell widerspiegelt. Schwarzer



> Frank Eisenlohr, Norbert Schwarzer und Günter Freisleben (von links)

bedankte sich hierbei ausdrücklich für das Vertrauen und den gegenseitigen Respekt gegenüber den ehrenamtlich

tätigen Kolleginnen und Kollegen des FPD durch PP Freisleben und dem Personalratsvorsitzenden Frank Eisenlohr. ■



# Arbeitstagung Tarifrecht in Göppingen

Großen Zuspruch fand eine tarifrechtliche Arbeitstagung in Göppingen bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern der beiden Kreisverbände PTLs, Regiostandort Göppingen und Bereitschaftspolizei Göppingen. Michael Wiesinger und Jürgen Engel konnten die zahlreichen Mitglieder beider Kreisverbände begrüßen und freuten sich über die Unterstützung kompetenter Referenten.



Mit Manfred Riehl und Michael Schöfer von der DPoIG-Landestarifvertretung erhielten die interessierten Mitglieder einen Einblick in das komplexe Tarifrecht. Anhand begreiflicher Fälle wurden beispielsweise der Verfall von Überstunden, die Eingruppierungspraxis, Regelungen zur Zentralen Zeitwirtschaft (ZZW) sowie viele weitere Themen aufgezeigt.

Den Teilnehmern wurden die Unterstützungsmöglichkeiten der DPoIG veranschaulicht, ein starkes Leistungspaket, das bei vielen Problemen vor Ort Hilfe und Beratung garantiert.

Einen Hinweis der beiden Tarifexperten notierten sich dann alle: zum 1. Juli 2015 genau auf den Übertrag des Überstundenstandes zu achten und sich

bei Unstimmigkeiten gleich bei den Ansprechpartnern der Kreisverbände zu melden. „Einen Verfall von Überstunden gibt es nicht, im Vordergrund muss der Abbau und die automatisierte Auszahlung stehen“, so Manfred Riehl.

Am späten Nachmittag spielte dann auch noch das Wetter mit und die Veranstaltung auf

der Schießanlage „Wachtert“ fand einen schönen Ausklang. Wilhelm Schneider hatte übrigens für das leibliche Wohl gesorgt und ein wunderbar zartes Lammgulasch auf dem Feuer gekocht.

Dass Tarifrecht „schwere Kost“ ist, traf zumindest an diesem Tag nicht zu.

## Wonneproppen-Kandidaten Juli/August 2015

Heute stellen wir Ihnen die Kandidaten zur Wahl des Wonneproppens im Monat Juli/August 2015 vor, die ihre Bewerbung bis zum Redaktionsschluss eingereicht haben. Bitte stimmen Sie unter [www.dpolg-bw.de](http://www.dpolg-bw.de) ab und wählen Sie den

DPoIG-Wonneproppen des Monats Juli/August 2015. Den Web-Sieger stellen wir jeweils in der folgenden Ausgabe des POLIZEISPIEGELS vor.

Fotos: DPoIG BW



Isabella Josefina Andris +++  
29/11/2014 +++ 2600 g +++  
49 cm



Samuel Brugger +++ 16/3/2015  
+++ 3 570 g +++ 52 cm



Nora Löhrl +++ 10/4/2015



Michael Hutter +++ 16/11/2014  
+++ 2 850 g +++ 50 cm

## DPoIG-Wonneproppen: Web-Sieger des Monats Juni 2015

Viele DPoIG-Mitglieder klickten sich durch die Fotogalerie der DPoIG-Wonneproppen und wählten dadurch den Wonneproppen-Sieger des Monats Juni 2015!

Das Baby mit den meisten Klicks hat gewonnen.

Herzlichen Glückwunsch an das Web-Sieger-Baby Tim Luke Köpfle.

Die Eltern erhalten von der DPoIG ein Präsent.



Tim Luke Köpfle +++ 31/12/2014  
+++ 3 020 g +++ 48 cm

Foto: DPoIG BW

## 25. Fußballturnier der DPolG in Lahr

Am Donnerstag, dem 21. Mai 2015, fand in Lahr zum 25. Mal das Kleinfeldfußballturnier der DPolG statt.

Am Nachmittag standen sich acht externe Teams in zwei Gruppen gegenüber, um die Finalteilnahme auszuspüren. Im Finale trafen die Einsatzzüge 11/50 aus Lahr und der EZ 13/30 aufeinander. Hier setzte sich der Lahrer Einsatzzug knapp durch und ging als Sieger aus dem Turnier. Die weiteren Platzierungen:

3. Platz PRev. Lahr, 4. Platz PRev. Haslach, 5. Platz die Ehemaligen der Klasse 2004 F 1, 6. Platz EZ LR 11/40, 7. Platz EZ BR 13/10 und auf dem Platz 8 das Team der O-Klasse.

Beim zweiten Abschnitt des begehrten Fußballturniers trafen 14 Teams aus der Polizeischule in drei Gruppen in der

Vorrunde aufeinander. Die jeweils Platzierten der Gruppen spielten in Entscheidungsrunden die Platzierungen aus. In der Finalgruppe setzte sich die Klasse LR 14 F 3 durch und gewann das diesjährige Turnier in souveräner Manier. Den 2. Platz errang die Mannschaft der Klasse LR 14 F 4, knapp gefolgt von der Klasse LR 14 H 1. Die weiteren Platzierungen: 5. Platz LR 15 F 1, 6. Platz die Klasse aus Bruchsal BR 15 F 1, 7. Platz LR 15 F 2, 8. Platz LR 15 F 3.

Das Turnier wurde sportlich fair ausgetragen und hervorragend geleitet durch die professionellen Schiedsrichter.

Ralf Kusterer und Jürgen Weber überreichten bei der Siegerehrung die Urkunden, anschließend konnte man in stimmungsvoller Runde beim DPolG-Fest die sportlichen Highlights Revue passieren lassen. Tatkräftig unterstützt wurde das Organisationsteam durch die Klasse LR 14 F 2. ■

DPoIG (11)





# Internationaler Polizeifünfkampf 2015 in Filzbach/Schweiz

DPoIG Lahr unterstützt BW-Mannschaft – Frauen-Team holt Gold – Männer-Team gewinnt Silber – Miriam und Patrick Spinner siegen überlegen – Silber für Annalena Gapp

Das Sportleistungszentrum Kerenzerberg in Filzbach (Schweiz) war erneut Austragungsort des Internationalen Polizeifünfkampfes mit den Disziplinen Schießen, Schwimmen, Kugelstoßen, Weitsprung und Geländelauf.

In der Frauenwertung siegte Miriam Spinner mit starken 4 692,6 Punkten (P.) vor Annalena Gapp (4 214,5 P.), die sich ganz überraschend die Silbermedaille durch einen starken Geländelauf am Schluss sicherte (2 000 Meter [m] in 7:40 Minuten [min]). Mit herausragenden 5,75 m im Weitsprung

hatte Miriam Spinner ihr bestes Einzelergebnis. Sechste wurde Marina Sinner (3 597,4 P.). Achte wurde Jacqueline Heim (3 193,7 P.), die mit 4,90 m im Weitsprung überzeugen konnte.

Bei den Männern ging der Sieg an Patrick Spinner mit dem absoluten Spitzenergebnis von 5 249,7 P. Auch er hatte sein bestes Einzelergebnis im Weitsprung mit sagenhaften 7,39 m. Valentin Wolf (3 813,9 P.) wurde Fünfter. Er gewann das 300-m-Schwimmen (4:04,1 min.) und siegte auch im 3 000-m-Geländelauf



> Fachwart Polizeifünfkampf Steffen Laube, Jacqueline Heim, Stefan Wilhelm, Marina Sinner, Miriam Spinner, David Bartl, Annalena Gapp, Valentin Wolf, Patrick Spinner (von links)

(10:15,0 min). Achter wurde Stefan Wilhelm (3 709,1 P.) und David Bartl (2 913,9 P.) dreizehnter. Er lief als Zweitschnellster im 3 000-m-Geländelauf (0:45,3 Min.).

Die Mannschaftswertung der Frauen wurde mit Miriam Spinner, Annalena Gapp und Marina Sinner (12 504,5 P.) deutlich vor der Schweiz (11 802,8 P.)

gewonnen. Bei den Männern ging der Mannschaftssieg an die Schweiz (13 003,0 P.) vor der Auswahl aus BW mit Patrick Spinner, Valentin Wolf und Stefan Wilhelm (12 772,7 P.).

Die DPoIG unterstützte die Teilnehmer dankenswerterweise mit einem Zuschuss an den Unkosten.

## > Einladung zum Grillfest der KV BAD/RA/BH und Offenburg

Wir möchten uns erneut in gemütlicher Atmosphäre zum DPoIG-Grillfest auf dem Schießstand in Ebersteinburg treffen und laden Euch dazu herzlich am 22. Juli 2015 um 16 Uhr ein.

Unser diesjähriges Grillfest steht unter dem Motto „Danke an alle Kolleginnen und Kollegen“, die uns bei den Personalratswahlen entweder als Kandidatin/Kandidat oder mit ihrer Wahlunterstützung zu diesem Erfolg geführt haben. Nur mit Eurer Hilfe konnten wir diesen super Wahlerfolg erzielen.

Auch in diesem Jahr sponsert die **Beamtenbank** unser Grillfest. Deshalb bitten wir Euch wieder nur um eine Spende, die der **DPoIG-Stiftung** zugutekommen soll.

Wir freuen uns auf Euer Kommen und ein paar schöne Stunden. Zur besseren Planbarkeit bitten wir um eine kurze Rückmeldung mit Teilnehmerzahl an: Grillfest-BADRABH@dpolg-bw.de

